

urgewald



CHINA & INFRASTRUKTUR



Newsletter

20.12.2023

圣诞快乐 Frohe Weihnachten

Liebe China-Klimainteressierte,

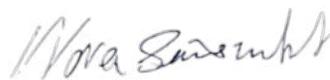
hier bekommt ihr/Sie unseren China Weihnachts-Newsletter. Und deswegen gibt es auch ein Geschenk: die neuesten Daten unserer Datenbanken haben wir mit Fokus auf China ausgewertet. Pünktlich zum Klimagipfel haben wir sie fertig bekommen. urgewald war in Dubai mit dabei und hat deutliche Worte zur Ölfirma des COP-Präsidenten gefunden. Wir beleuchten natürlich vor allem China auf der COP 28, Erwartungen und Ergebnisse.

Außerdem: Steigt China tatsächlich aus der Kohlefinanzierung im Ausland aus? Steigt die Weltbank in die Kohlefinanzierung innerhalb Chinas ein? Und: Warum kann im Januar eine neue Kriegsgefahr von der Wahl in Taiwan ausgehen?

Zur Erholung gibt es dann zum Schluss was zum Schmökern: Wie immer Neues aus unserer Arbeit und Tipps am Rande. Unsere große AIIB Konferenz in Berlin war z.B. ein Riesenerfolg!

Damit ihr euch selbst ein Bild machen könnt.

Wir wünschen ein frohes Fest und einen guten Start ins neue Jahr.

Eure/Ihre Nora und Judith, mit Praktikantin Isabel Thorweihe

Themen im Newsletter:

[UN-Klimakonferenz in Dubai](#)

[Klima](#)

[Außenpolitik](#)

[Belt and Road Initiative](#)

Ablösung von Chinas Klimabeauftragtem Xie Zhenhua

Chinas Klimabeauftragter [Xie Zhenhua](#) (74) ist nach dem Ende der diesjährigen Klimakonferenz in Dubai (COP 28) in den Ruhestand gegangen. Er wird ab Dezember durch Liu Zhenmin, Vize-Umweltminister, ersetzt. Xie leitete die chinesische Delegation seit 2006. Gemeinsam mit seinem damaligen US-Amtskollegen Todd Stern hatte Xie maßgeblich zum Entstehen des Pariser Klimaabkommens von 2015 beigetragen. Ende 2019 trat Xie im Alter von 70 Jahren seinen Posten als Chefverhandler ab, kehrte jedoch im Februar 2021 auf die globale Bühne zurück. Xies Nachfolger Liu Zhenmin ist der ehemalige Vizeaußenminister und Untergeneralsekretär der UN. Er blickt auf 30 Jahre im Außenministerium zurück. In beiden Rollen traf Liu unter anderem auch Vertreter der Regierungen der Vereinigten Arabischen Emirate und Saudi-Arabiens. Während seiner Zeit als Untergeneralsekretär bewarb Liu die „Belt and Road Initiative“ und versuchte massiv das [chinesische Verständnis](#) von Menschenrechten, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu verankern.



©Shutterstock Rafapress

Kontroversen vor Beginn der COP 28

Sultan Al Jaber wurde aufgrund des bestehenden Interessenkonfliktes durch seine Rolle als [CEO von Adnoc](#), der nationalen Ölfirma der Vereinigten Arabischen Emirate (VAE), und als COP-Präsident zum Rücktritt von seinem CEO-Posten aufgefordert. Kritisiert wurde auch seine [Leugnung](#) der Notwendigkeit, aus den Fossilen auszusteigen. Dies grenze an Klimaleugnung, kommentierten Wissenschaftler*innen. Al Jaber empfing auch Putin während des Gipfels. Ebenfalls für Aufsehen erregten geleakte Dokumente, die zeigen, dass die VAE ihre Rolle als Gastgeber nutzen, um [Öl- und Gasgeschäfte](#) abzuschließen. Das VAE-Team bestritt dies nicht. Die Dokumente zeigen auch, dass Adnoc China und anderen Ländern gemeinsame internationale LNG-Projekte anbot. Dieses Verhalten widerspricht dem Kardinalprinzip des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (UNFCCC) das besagt, dass die COP-Präsident*innen zur Unparteilichkeit verpflichtet sind. urgewald hat sich hierzu auf der COP 28 sehr deutlich geäußert und wurde u.a. im [Tagesspiegel](#) entsprechend zitiert.

Erwartungen an die UN-Klimakonferenz und Chinas

Haltung

Die [Klimafinanzierung](#) steht im Zentrum der COP 28. Seit 2020 ist das Versprechen überfällig, dass die Industrieländer 100 Milliarden US-Dollar pro Jahr für Klimaschutzmaßnahmen im Globalen Süden bereitstellen. Im [Jahresbericht zum Klimawandel](#) wird Chinas Position dargelegt. China besteht weiterhin auf seinen Status als Entwicklungsland und fordert die „historischen Verschmutzer“ auf, ihrer Verpflichtung endlich nachzukommen. China unterstützt natürlich auch die Forderung, den Aufbau des Finanzmechanismus für „Loss and Damage“ (Schäden und Verluste) abzuschließen. Nachdem 2021 festgestellt wurde, dass alle angekündigten Maßnahmen nicht ausreichen, um die Klimaschutzziele zu erreichen, wurden 2022 die Pläne überarbeitet (allerdings nur bei 39 von 195 Staaten). Die diesjährige COP hat nun erstmals die globale Bestandsaufnahme zum Ziel. Daher gleicht sie ein wenig einer Leistungsschau. Die Länder müssen ihre Fortschritte bei der Erreichung der Ziele des Pariser Abkommens bewerten. Heißestes Thema ist aber der [Ausstieg aus den fossilen Energien](#). China lehnt ähnlich wie die OPEC-Staaten einen kompletten Ausstieg ab. Der Staatssekretär des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), [Jochen Flasbarth](#), sprach davon, „Diese COP könnte die erfolgreichste werden“, er glaubte an einen Ausstiegsbeschluss.

Ergebnisse COP 28 und China: "200 Staaten folgen China"

Laut urgewicht stammen drei der TOP 6 Unternehmen, die neue Öl- und Gasquellen erschließen, aus China. Wie passt das zur COP 28? Im Abschlussdokument verpflichteten sich rund 200 Staaten zu einem „schrittweisen Abkehr von den fossilen Brennstoffen“. Mehr als 100 Staaten forderten aber einen klaren Stopp („Phase out“). Dieser fehlte im Abschlusstext. Stattdessen fordern 25 Staaten - darunter USA, Kanada, UK, Ungarn, Holland, Jamaika - die Weltbank und andere Banken zum massiven Ausbau von Kernenergie auf. China hat nicht unterzeichnet, möchte aber davon profitieren: bis 2035 soll die Kapazität aus [Atomenergie verdoppelt](#) werden, 30 Reaktoren wurden bewilligt, 18% im Energiemix bis Mitte des Jahrhunderts sind das Ziel. China hat auch nicht das [COP 28-Abkommen zur Verdreifachung der Erneuerbaren](#) unterzeichnet, obwohl es Marktführer bei Erneuerbaren ist. Erst im November meldete das US-State Department, dass beide Länder der Verdreifachung im Sunnyland Agreement zugestimmt hätten. China möchte damit einer möglichen Nichterfüllung der Ziele entgegenwirken. Chinas COP-Berichterstattung erzählt eine andere Geschichte: die Ergebnisse der COP realisieren Chinas Idee von der ökologischen Zivilisation. So Zhao Yingmin, Leiter der chinesischen COP28-Delegation und stellvertretende chinesische Minister für Umwelt und Ökologie. Wie auch in den vorherigen COPs werden [Chinas Leistungen](#) beim Ausbau der Erneuerbaren dargestellt, kein Wort über massive Expansion von Kohle, Öl, Gas und Atomkraft. China sei globale Führungskraft bei der Unterstützung der Länder der Belt and Road Initiative hin zu einer grünen Entwicklung.

Die Top 7 Unternehmen bei der Exploration von neuem Öl und Gas	Investitionen in die Exploration in US-Dollar
China National Petroleum Corporation – CNPC	US\$ 5,9 Milliarden
CNOOC	US\$ 3,2 Milliarden
Saudi Aramco	US\$ 2,8 Milliarden
Pemex	US\$ 2,6 Milliarden
Sinopec Group	US\$ 2,4 Milliarden
Pioneer Natural Resources	US\$ 2,1 Milliarden
Shell	US\$ 2,0 Milliarden



©Global Oil & Gas Exit List, [urgewald](#)

Klima

"Coal capacity payment mechanism": China entwickelt eigene Werkzeuge für den Übergang

Multilaterale Entwicklungsbanken wie die Asiatische Entwicklungsbank (ADB) und die Weltbank wollen Betreiber von Kohlekraftwerken entschädigen, damit sie früher vom Netz gehen. China entwickelt nun eigene Ansätze für den Ausstieg aus den Fossilen. Diese bergen aber die Gefahr, das Gegenteil zu bewirken. Den Unternehmen sollen feste Abnehmerpreise für die Bildung von Rücklagen für die Umstellung auf Erneuerbare gezahlt werden. Laut [ChinaDialogue](#) könnte damit aber auch die mächtige Kohlelobby im Land gestärkt werden. Da sich die Förderung nach Kilowatt bemisst, werden natürlich größere Anlagen bevorzugt, was keinen Anreiz zu Emissionseinsparung setzt. Andererseits gehen Kohlekraftwerke, die die nationalen Standards für Flexibilität, Effizienz oder Umweltverträglichkeit nicht erfüllen, leer aus. Betriebe, die nur auf halber Kapazität laufen, werden bestraft. Dies ist ein Hauptgrund für Chinas Überkapazität. [urgewald hat gemeinsam mit Partnerorganisationen zehn Punkte](#) formuliert, die für den Erfolg eines Entschädigungssystems, wie es von Entwicklungsbanken vorgeschlagen wird, zu beachten gilt. Dazu gehört: Überkompensation vermeiden und das Verursacherprinzip einhalten. Das bedeutet, auch für Schäden an Gesundheit und Umwelt aufzukommen.

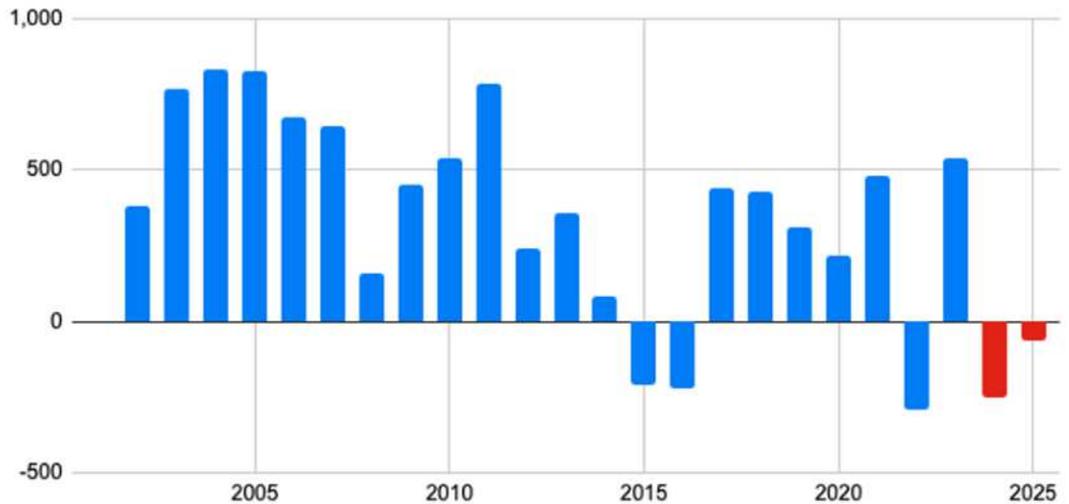
Chinas Emissionen: Zwischen Kohle und Erneuerbaren

Zwei Jahren nach dem Kohleausstiegsversprechen des chinesischen Präsidenten Xi Jinping wurden insgesamt 36 Gigawatt (GW) an [Kohlekraftwerkskapazität](#) gestrichen (Stand August 2023). Doch die chinesische Definition dieses Versprechens weist Lücken

auf. So wurden in den vergangenen zwei Jahren 7,2 GW an Kohlekapazitäten *wiederbelebt*: Sie gelten nicht als neu, da der **Bau** dieser Kohlekraftwerke bereits vor Chinas Ankündigung begann. Der 2023 stark angestiegene Ölverbrauch führte zu **4,7%** mehr CO₂-Emissionen im Vergleich zum Vorjahr. Doch es gibt auch positive Tendenzen. So zeigen Daten von **Carbon Brief**, dass der Ausbau von erneuerbaren Energien ausreicht, um den jährlichen Anstieg der chinesischen Stromnachfrage zu übertreffen. Diese Entwicklung könnte den Rückgang der Stromerzeugung aus Fossilen einleiten.

China's CO₂ emissions could enter structural decline from 2024

Annual change in emissions from fossil fuels and cement, million tonnes of CO₂



©CREA

Chinas globale und lokale Energieinvestitionen

China finanziert seit mehreren Jahrzehnten **Stromkraftwerke** in der ganzen Welt. Gemessen an der Kapazität machte Kohle im Jahr 2022 mit 34% den größten Anteil der Investitionen aus, gefolgt von Wasserkraft mit 29%, Gas mit 18% sowie Solar- und Windenergie zusammen mit 12%. Die übrigen Energiequellen machten zusammen 7% aus. Fossile Kraftwerke haben i.d.R. eine Laufzeit von mehr als 40 Jahren. In Asien entfällt über die Hälfte der von China finanzierten Kraftwerkskapazitäten auf Kohlekraftwerke. Die neuen Daten unserer **2023 Global Coal Exit List (GCEL)** belegen die weltweite Zunahme an neuen Kohlekraftwerken um zusätzliche 516 GW. Zwei Drittel dieser neuen Kapazitäten sind in China geplant. Der Ausbau der Kohlekraft wurde seit 2022 hochgefahren. So überrascht es nicht, dass 8 der 10 größten Kohlekraftwerksentwickler der Welt staatliche chinesische Energiekonzerne sind.

ZAHL DES MONATS

8

der 10 größten Kohlekraftwerksentwickler der Welt sind staatliche chinesische Energiekonzerne.

Chinas Methan-Plan und Investitionen in Solarzellen

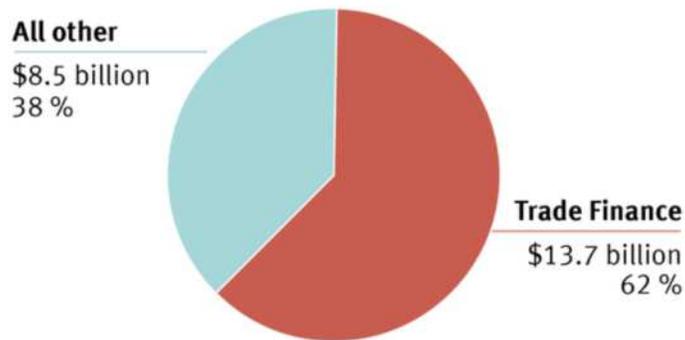
Im November veröffentlichte China einen [Aktionsplan](#) zur Kontrolle der nationalen Methanemissionen. Das Land ist der größte Methanemittent der Welt. Bisher hat China abgelehnt, internationale Abkommen zur Reduzierung des Treibhausgases zu unterschreiben. Methan ist der zweitgrößte Verursacher der globalen Erwärmung und hat ein viel größeres kurzfristiges Erwärmungspotenzial als CO₂. Der Plan sieht ein striktes Berichte- und Datenmanagement vor. Jedoch enthält er keine Fristen oder Reduzierungsziele. Trotzdem hat der Aktionsplan [geopolitisches Gewicht](#), da er als Zeichen der Annäherung zwischen China und den USA gewertet wird. Auch schon das Treffen zwischen Präsident Xi und Präsident Biden in Kalifornien wurde entsprechend gewertet, dessen Ergebnis u.a. die [Sunnylands-Erklärung](#) ist (siehe oben, wie wenig sie in den Augen Chinas wert war).

Eine weitere Entwicklung: China fährt die Produktion von [Solarzellen](#), [Lithium-Ionen-Batterien](#) und [Elektrofahrzeugen](#) hoch. So gehen mehr als 80% der weltweiten Solarzellenexporte, mehr als 50% der Lithium-Ionen-Batterien und mehr als 20% der Elektrofahrzeuge auf China zurück.

Finanzierung von Kohle in China durch die Weltbank

Die US-Finanzministerin Janet Yellen und BMZ-Chefin Svenja Schulze treiben die Weltbank seit 2022 mit der Ausarbeitung ihrer grundlegenden Reform, der „[Evolution Roadmap](#)“, an. [Neue Recherchen](#) von urgewald zeigen, dass die Handelsfinanzierung (Trade Finance) im Fiskaljahr 2022 mehr als 60% des Budgets der International Finance Cooperation (IFC), dem Privatarm der Bank, ausmacht. 3,7 Milliarden US-Dollar flossen schätzungsweise alleine in die Bereiche Öl und Gas. Bei der Handelsfinanzierung handelt es sich um eine indirekte Finanzierung. Sie ist nicht gebunden an die Pariser Klimaschutzziele, an Umwelt- und Sozialstandards oder Rechenschaftspflichten. Sie kann also auch für Kohle-, Öl- oder Gasprojekte verwendet werden. Der größte Teil der Handelsfinanzierung wird ohne wirksame Überwachung der Anteilseigner vergeben. Darüber hinaus plant die Weltbank mit anderen Entwicklungsbanken (MDBs) die Erhöhung des Volumens der Handelsfinanzierung. Ein [neuer Bericht](#) zeigt, dass die IFC indirekt mindestens 39 neue Kohleprojekte mit einer Kapazität von mehr als 68 GW in China, Indonesien und Kambodscha finanziert. Daneben unterstützt die IFC neue Kohlekapazitäten, z.B. durch Investitionen in Banken wie die Postal Savings Bank of China. Laut der [Boston University](#) sollte die Reform der Weltbank unter anderem mehr Investitionen in nationale Entwicklungsstrategien, eine Erhöhung des Umfangs des Kapitals und der Darlehenskapazität der Weltbank und ein stärkeres Mitspracherecht für Länder des Globalen Südens beinhalten. Ohne deutliche Stärkung der Transparenzpflichten und eine Ausweitung der Mandate der eigenen Beschwerdemechanismen läuft die Reform jedoch unseren Analysen zufolge Gefahr, bestehende Probleme zuzuspitzen.

Fig.2 IFC Annual Finance Commitments
FY2022



©urgewald

Außenpolitik

Ein EU-China-Gipfel ohne Aufmerksamkeit

Vom 7.-8. Dezember fand der EU-China-Gipfel in Beijing statt, zum ersten Mal seit 2019 wieder in Präsenz. Er bekam erstaunlich wenig mediale Aufmerksamkeit. Die diplomatischen Beziehungen lagen zuvor praktisch auf Eis und waren geprägt von gegenseitigen Schuldzuweisungen. Vor allem [Chinas pro-russische Haltung](#) im Ukrainekrieg sorgte für Spannungen. Auch gibt es [Konkurrenz](#) im Bereich E-Mobilität. Doch die EU spürt große Herausforderungen bei der Umsetzung des angekündigten Konzepts von „[De-Risking](#)“, dem Aufbau größerer Unabhängigkeit von China. Die 27 Mitgliedstaaten verfolgen sehr unterschiedliche wirtschaftliche Interessen. Zur Dialogförderung haben Entscheidungsträger*innen der EU, Umwelt und Klima als ein Zentralthema von [gemeinsamem Interesse](#) betont. China isoliert das Thema jedoch nicht von den allgemein angespannten Beziehungen. Europa müsse seine Herangehensweise überarbeiten, schreibt der konservative [Wang Shuo](#). Der europäische Dreiklang Partner, systemischer Rivale und Wettbewerber sei falsch und ein De-Risking völlig unrealistisch. Der liberale Feng bewertete den Gipfel auch in der [Global Times](#) als Erfolg. Eine Zusammenfassung findet sich [hier](#).

Einflussmacht Chinas auf die Politik in Taiwan

Am 13. Januar 2024 werden das [Staatsoberhaupt und das Parlament](#) im Inselstaat Taiwan neu gewählt. Die regierende Demokratische Fortschrittspartei DPP tritt gegen die Taiwanische Volkspartei (TPP) und die chinesisch-nationalistische Kuomintang (KMT) an. Beide Oppositionsparteien haben angekündigt, [Gespräche mit China](#) wieder aufzunehmen. Der Konflikt zwischen China und Taiwan hält an, da China Taiwan als Teil seines Territoriums betrachtet und eine gewaltsame Übernahme nicht ausschließt. Chinas Interesse an einer pro-chinesischen Regierung in Taiwan zeigt sich durch [Desinformationskampagnen](#) in sozialen Medien und verbale Angriffe auf Gegenkandidaten. Die bisherigen Annahmen einer Taiwan-„[Übernahme](#)“ im Jahr [2027](#) bzw. [2035](#) werden durch die bevorstehende Wahl in Frage gestellt. Ein Sieg der DPP könnte laut der Oppositionspartei zu einem unausweichlichen Krieg führen.

Spannungen im Südchinesischen Meer

Im Südchinesischen Meer entstehen Konflikte, da China große Teile des Meeres beansprucht und damit mehrere Küstenstaaten herausfordert. Die einst freundlichen Beziehungen zwischen den Philippinen und China haben sich durch [Zwischenfälle](#) wie dem gezielten Rammen philippinischer Schiffe seitens Chinas stark verschlechtert. Die Philippinen fühlen sich in ihrem Anspruch auf eine [Ausschließliche Wirtschaftszone](#) (AWZ) bedroht. Diese AWZ gewährt Küstenstaaten gemäß dem Seerecht der UN das Recht auf wirtschaftliche Nutzung von Ressourcen bis zu 200 Seemeilen von ihrer Küste entfernt. Als [Gegenmaßnahme](#) wenden sich die Philippinen wieder den USA zu und weisen Standorte für mögliche US-Militärbasen nahe dem Südchinesischen Meer aus. Expert*innen verweisen auf das Seerecht der Vereinten Nationen. China hält an seinen territorialen Ansprüchen fest.

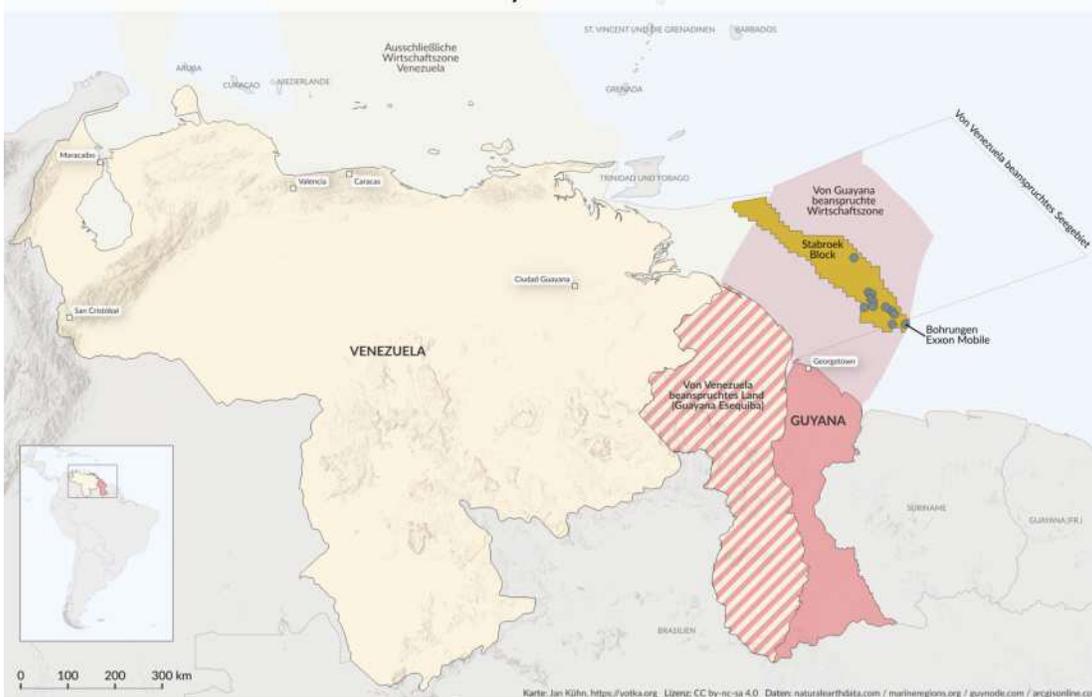
Gemischte Signale aus China

Bis zum 30. November nächsten Jahres benötigen Bürger*innen aus Frankreich, Deutschland, Italien, den Niederlanden, Spanien und Malaysia [kein Visum](#), wenn sie aus geschäftlichen oder touristischen Gründen nach China einreisen oder nicht länger als 15 Tage durchreisen wollen. China versucht so seinen Tourismussektor wiederzubeleben, und ist auch bestrebt, sein Image in der Welt zu verbessern, nachdem es mit vielen westlichen Ländern bei Fragen um Menschenrechte, Taiwan und Handel in Konflikt geraten ist. Ganz andere Signale senden die vorgeschlagenen Änderungen an Chinas [Wohltätigkeitsgesetz](#). Danach müssten sich nun alle Organisationen und Aktivist*innen als Wohltätigkeitsorganisation registrieren lassen. Außerdem ist es Pflicht, alle Kontakte im Ausland offenzulegen. So erschwert das chinesische System auch uns die Zusammenarbeit mit unseren Partner*innen vor Ort und unterdrückt die chinesische Zivilgesellschaft zunehmend.

Öl und Konflikt: Wie agiert China im Fall einer Teilannexion Guyanas?

Am 3. Dezember ließ Venezuelas Präsident Nicolás Maduro seine Bürger in einem Volksentscheid über die Teilannexion von zwei Dritteln des Nachbarlandes Guyana abstimmen. Dies umfasst ein Regenwaldgebiet von der Größe Tunesiens. Der Konflikt hat seinen Ursprung in kolonialen Zeiten. Venezuela hat die Grenzen zu Guyana, festgeschrieben vom [Internationalen Gerichtshof der UN](#), nie akzeptiert. Es geht hier auch um die Interessen von Ölkonzernen. Das US-amerikanische Unternehmen Exxon und Chinas CNOOC betreiben die Ölproduktion in Guyana, wobei Exxon die deutliche Anteilsmehrheit besitzt. Die USA unterhalten enge [Beziehungen](#) zu Guyana, während China, Russland und der Iran Beziehungen zu Venezuela pflegen. Venezuela ist aber gerade dabei, die [Beziehungen zu den USA](#) wieder zu stärken. [China könnte sich hier einschalten](#), da es sowohl in der [Ölproduktion in Guyana](#) tätig als auch Hauptabnehmer von venezolanischem Öl ist und zudem als einziger [Kreditgeber](#) für Venezuela fungiert. Mitte Dezember einigten sich die Präsidenten Venezuelas und Guyanas zumindest auf den [Verzicht auf Gewalt](#) im Streit um die Region Esequibo. Dadurch wird vorerst eine militärische Auseinandersetzung vermieden.

Territorialkonflikt zwischen Venezuela und Guyana



©Jan Kühn

Belt and Road Initiative

Das dritte Belt and Road-Forum für internationale Zusammenarbeit

Das [dritte Belt and Road-Forum](#) am 18. Oktober 2023 stand unter dem Motto „High Quality Belt and Road Kooperation: Zusammen für gemeinsame Entwicklung und Wohlstand“. Die Zahl der hochrangigen Teilnehmer*innen ist [rückläufig](#). So reisten 2019 noch Staats- und Regierungschef*innen von 37 Ländern nach Beijing. Dieses Jahr waren es lediglich 23. Darunter auch der russische Präsident Wladimir Putin, seine erste Auslandsreise seit dem internationalen Haftbefehl gegen ihn. Als einziger Vertreter der EU kam der ungarische Präsident Viktor Orbán. Die BRI findet in der politischen Elite des Globalen Südens nach wie vor Unterstützung. Dennoch hat der Enthusiasmus nachgelassen, da die Länder nicht mehr in der Lage sind, zusätzliche Schulden aufzunehmen. Zudem hat Chinas Bereitschaft Kredite zu vergeben abgenommen. Der wichtigste Slogan des Forums war „Klein, aber smart“ (小而美项目). In Europa erinnert dies an den Spruch der 1970er, „Small Is Beautiful“, der namensgleichen Studie des Wirtschaftswissenschaftlers E. F. Schumacher entlehnt. Auch dort ging es ums Sparen. [Expert*innen](#) erwarten einen Rückgang der chinesischen Entwicklungsfinanzierung und eine Umstellung auf weniger riskante Kredite. Die führenden Politikbanken CDB und Eximbank werden mit einem zusätzlichen [Kredit](#) in Höhe von 350 Milliarden chinesischen Renminbi (RMB) ausgestattet. Auch der Seidenstraßenfonds bekommt eine Kapitalspritze von 80 Milliarden RMB. China publizierte das erste [Weißbuch zur BRI](#), welches die Erfolge der Initiative in den letzten zehn Jahren auflistet.

Chinas Haltung zu den BRICS

China betrachtet die lose Allianz zwischen Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika (BRICS) als [Mechanismus](#), dem Einfluss der G7 entgegenzuwirken. So sind die

BRICS-Länder bemüht, mit Hilfe der von ihnen gegründeten New Development Bank (NDB) die Dominanz des US-Dollars im internationalen Handel und Finanzwesen zu verringern. Die NDB hat beispielsweise damit begonnen, mehr Kredite in den [Währungen der Mitgliedstaaten](#) zu vergeben. Ziel ist es, etwa 30% aller Kredite der NDB in lokaler Währung zu gewährleisten. Darüber hinaus versucht China auch bilateral seinen Handel zu „entdollarisieren“. In den letzten Jahren hat sich Beijing bemüht, den [chinesisch-saudischen Ölhandel](#) in der chinesischen Währung Renminbi (RMB) statt in US-Dollar abzuwickeln. Ein weiterer Schritt die BRICS zu stärken und auszuweiten war die Einladung an sechs Länder: Argentinien, Ägypten, Äthiopien, Iran, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate. Doch mit Blick auf die Wahl in Argentinien wird dessen Beitritt sicher zurückgestellt.

Aus unserer Arbeit

Weltweit erste Studie zu Zwangsumsiedlung durch AIB-geförderte Projekte

urgewald hat sich auf die Erforschung von Verdrängungen spezialisiert und zu diesem Thema einen neuen Bericht herausgegeben: „The Asian Infrastructure Investment Bank (AIIB) and Involuntary Resettlement. 2016–2022“. Unfreiwillige Umsiedlungen gehören zu den schlimmsten Konsequenzen von großen Infrastrukturprojekten. In unserer Analyse haben wir Vergleiche mit der Weltbank und der Asiatischen Entwicklungsbank (ADB) angestellt. Die Ergebnisse erfordern dringenden Handlungsbedarf. Dieser Bericht soll zivilgesellschaftlichen Organisationen weltweit bei ihrer Lobbyarbeit helfen. Der vollständige Bericht kann [hier](#) nachgelesen werden.



Bericht zur großen urgewald AIB Konferenz am 20. September in Berlin

Am 20. September organisierte urgewald gemeinsam mit Organisationen aus

Bangladesch, Indien und den Philippinen sowie mit dem Deutschen Institut für Menschenrechte (DIMR) eine Konferenz, die die ersten sieben Jahre der AIIB und die deutsche Mitgliedschaft thematisierte. Sowohl der Vizepräsident der Bank als auch Vertreter der europäischen Stimmrechtsgruppe reisten dafür nach Berlin. Sie mussten sich den kritischen Stimmen aus dem Globalen Süden und der europäischen NGOs stellen. Abgerundet wurde der Austausch durch eine Diskussion mit Parlamentarier*innen. Lest den bebilderten Bericht [hier](#).



Spenden

Wir haben in Fonds von Deka Investment Rüstungsschmieden und Klimakiller-Konzerne wie Rheinmetall, Northrop Grumman, Uniper oder RWE gefunden. Fordern Sie gemeinsam mit uns: Deka Investment, keine Investitionen in Rüstung und Kohle!

[Jetzt spenden](#)

Tipps am Rande

Video ZDF: Voices from Hong Kong

Der Dokumentarfilm schildert mit nie zuvor gezeigten Bildern die Proteste in Hongkong 2019 und ihre brutale Niederschlagung sowie die Reaktion der EU in ihrer Haltung gegenüber China.

Podcast SRF: Warum Russland und China zusammenhalten

Die starke Allianz zwischen China und Russland bereitet dem Westen Sorgen. Laut Alexander Gabuew, Experte für chinesisch-russische Beziehungen, geht die Beziehung zwischen den beiden Ländern sogar noch tiefer als zuerst angenommen.

Podcast MERICS: Chinas wirtschaftliche Ausrichtung

Nach einem Jahrzehnt an der Macht hat Partei- und Staatschef Xi Jinping die Wirtschaftspolitik Chinas grundlegend umgestaltet, um das langfristige Ziel der Kommunistischen Partei Chinas zu erreichen: die Rückkehr zu einem starken und wohlhabenden China im Zentrum der Weltwirtschaft. Christine Krüger spricht mit Bert Hofman, Direktor des Ostasieninstituts an der National University of Singapore und Senior Associate Fellow bei MERICS, und Jacob Gunter, Lead Analyst.

urgewald e.V.
Nora Sausmikat
Von-Galen-Str. 4
48336 Sassenberg
Deutschland

chinadesk@urgewald.org
<https://www.urgewald.org/>

Wenn Sie diese E-Mail (an: unknown@noemail.com) nicht mehr empfangen möchten, können Sie diese [hier](#) kostenlos abbestellen.